

### Britische handelsprobleme

(Von unserm Korrespondenten)

C. C. S. London, Ende Januar.

Die Vorlegung der zweiten Bill zur Regulierung des Handels mit dem Feinde muß als Beweis dafür angesehen werden, daß die britische Regierung die Zustände nach dem Friedensschluß nach ihrem Gutdünken zu ordnen gedenkt. Die Anregung, dem feindlichen Handelsmann auch nach dem Krieg den Hals zuzuschneiden, ist von dem kollernden neunzigjährigen Lord Halsbury ausgegangen, der als ehemaliger Lordkanzler seinen mit 5000 Pf. nicht färglich bemessenen Ruhegehalt durch wichtige Hauskämpfe auf die empfindlichste Stelle im feindlichen Körper zu verdrängen sucht. Er verlangte das sofortige Einschreiten der Regierung gegen eine deutsche, in England Geschäfte machende Gesellschaft, weil eine aus Richtern zusammengesetzte Kommission ermittelt hatte, daß dies unter dem gegenwärtigen Gesetz unstatthaft sei. Bei dieser Gelegenheit teilte Lord Lansdowne dem Oberhaus mit, daß die deutsche Regierung fremden, das heißt feindlichen Handelsleuten bei der Weiterführung ihrer Geschäfte keine Schwierigkeiten bereite. Der Generalnotar Cave hat das Unterhaus anders berichtet. Er hat erfahren, daß bei Ausbruch des Krieges alle englischen Kapitalien in Deutschland beschlagnahmt worden sind. Unter diesen Umständen wäre es eine bloße Vergeltungsmaßregel, wenn jetzt gesetzliche Vollmacht verlangt wird, um deutsche Handelsunternehmen — es handelt sich um etwa sechshundert noch bestehende Geschäfte — unter staatliche Aufsicht zu stellen und wenn nötig staatlich abzuwickeln. Doch nicht alle. Da ist zum Beispiel ein deutscher Geschäftsmann, der im militärpflichtigen Alter und nicht naturalisiert, wie der Justizminister Samuel Mitchell, unbehelligt seinen Geschäften nachgeht, weil er für das englische Kriegsamt Taschenflüchen herstellt!

Am Anfang des Krieges ist die Regierung sehr behutsam gegen deutsche Händler vorgegangen; denn ein im August 1914 veröffentlichter Erlaß erlaubte den Engländern ausdrücklich den geschäftlichen Verkehr mit deutschen oder österreichischen auf britischem Gebiet etablierten Handelshäusern. Jetzt kann auch nicht ein einziges feindliches Geschäft mehr durchschlüpfen. Da ist zum Beispiel im letzten Juni eine Proklamation erschienen, die es den englischen Handelsleuten verbot, Geschäfte zu machen mit *germanischen* in China, Persien, Siam und *Moroko* etablierten Firmen. Aber das Ziel des neuesten Gesetzes ist ganz verschieden von den früheren Erlassen; denn die Regierung ist von der Furcht geleitet, daß die feindlichen Firmen während des Krieges verdiente Geld aufbauen und nach dem Friedensschluß nach Deutschland oder Oesterreich nehmen und dort zur Wiederaufnahme des Handelskrieges benutzen werden, der noch schärfere Formen annehmen würde als früher. Nun sind die in England liegenden und vorwiegend in Handelsunternehmen angelegten deutschen Kapitalien bedeutend größer als die englischen in Deutschland oder Oesterreich liegenden Gelder, so daß der pekuniäre Vorteil schon jetzt auf Seite der Engländer ist, vorausgesetzt daß sie sich geschickt zu schätzen wissen.

Der nach dem neuen Gesetz ernannte Treuhänder (custodian) hat das Recht, ein deutsches Geschäft ohne weiteres zu liquidieren. In diesem Falle werden die Aktiven unter die nichtfeindlichen Gläubiger verteilt. Einen etwaigen Ueberschuß behält der Custodian bis nach dem Krieg. Wenn das Geschäft im Feindesland Aktiva und Passiva besitzt, so wird dann die Bilanz gezogen und ausgeglichen. Natürlich bezieht sich das Gesetz auch auf Aktiengesellschaften. In diesem Falle erhält das Handelsamt die Befugnis, solche Shares (Aktien), die sich im Besitz von Ausländern befinden, zu übernehmen und versteigern zu lassen. Dann wird die Gesellschaft die Teilhaber direkt von dem Custodian kaufen und so den feindlichen Teilhaber austoszen. Das Handelsamt wird sich auch mit der britischen Handelsflotte zu beschäftigen haben. Bisher sind höchstens 67 Prozent der britischen Kauffahrteischiffe im Dienst. Einen großen Teil hat die Regierung gleich am Anfang des Krieges zum Transport von Truppen und der nötigen Kriegsvorräte nach dem Festland, nach Gallipoli, nach Aegypten usw. übernommen und dem Handelsverkehr entzogen. Als die deutschen Unterseeboote anfingen, die Meere un-

sicher zu machen, verkauften mehrere Reederei des englischen Nordens ihre Schiffe an neutrale Eigner und verminderten dergestalt den britischen Besitzstand. Da die in englischen Häfen gekaperten deutschen und vom Preisgericht unter dem Hammer verkauften Fahrzeuge keinen Ersatz bieten für die zahlreichen und geräumigen deutschen Riesendampfer und kleineren Fahrzeuge, welche in neutralen Häfen, vorab in New York und in südamerikanischen Häfen feiern, ist in Großbritannien eine sehr fühlbare Teuerung entstanden. Denn diese deutschen Dampfer brachten ebenfalls Frachten nach England. Die Brotpreise sind gestiegen und werden noch mehr in die Höhe getrieben, weil keine Schiffe vorhanden sind, um Lebensmittel, vorab Korn und Mehl, nach den englischen Häfen zu bringen.

Mit den Engländern leiden aber auch die Verbündeten, besonders die Italiener, welche für ihre englische Steinkohle außer den erhöhten Kohlenpreisen noch zehnmal höhere Frachten bezahlen müssen. Und auch Frankreich, dessen Kohlengebiet von den Deutschen besetzt ist, leidet, da es verhältnismäßig wenige Dampfer besitzt, unter der durch den Mangel an englischen Kauffahrteischiffen verursachten Not. Jüngst ist die Angelegenheit auch im Haus der Gemeinen zur Sprache gekommen und aus den von Herrn Runciman gemachten Äußerungen schließt man, daß die Regierung einschreiten und den Schiffseignern verbieten wird, Luxusgegenstände, wie zum Beispiel Kraftwagen, die bekanntlich einen hohen Zoll (50 Prozent des Wertes) entrichten, einzuführen. Daß die Regierung die Notwendigkeit sofortigen Handelns erkannt hat, geht auch aus dem Umstand hervor, daß der britische Vertreter in Bukarest auf Rechnung seiner Regierung die Weizenvorräte Rumäniens im Wert von fünfzehn Millionen £ angekauft hat. Aber mehr erwartet man von der Einschränkung der Einfuhr von Luxusartikeln. Denn seit in den großen Manufakturstädten wie Birmingham, Glasgow, Leeds usw. Munitionswerkstätten eröffnet worden sind, wird von kleinen Leuten viel Geld verdient und für bisher unerschwingliche, zumeist aus dem Auslande bezogene Luxusgegenstände ausgegeben. Wenn der Arbeiter im eigenen Kraftwagen in die Munitionsfabrik fährt, während der kleine Rentner darbt, hält es die Regierung an der Zeit, einzuschreiten. Das ist eine der vielen Schattenseiten des Handelskrieges.